

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/06/2024

**über die öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 15.07.2024,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung 19:30 Uhr
Ende der Sitzung 20:26 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Benjamin Stukenberg

Stadtverordnete/r

Herr Thomas Bellizzi
Frau Marie-Luise Bernhardt
Herr Burkhardt Bertram
Herr Dr. Bernd Buchholz
Frau Ursula Ebert
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Herr Stefan Gertz
Herr Felix Gläveke
Frau Inga Jensen-Buchholz
Herr Marten Koop
Herr Arthur Klaus Korte
Frau Ulrike Kraus
Herr Markus Kubczigk
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Herr Béla Randschau
Herr Wolfgang Schäfer
Frau Karen Schmick
Herr Tim Schoon
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Lasse Thieme

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Henning Rohwedder
Frau Anne-Marie van Oosterum-Arnu

Behindertenbeirat
Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Eckart Boege
Herr Marcel Grindel
Herr Peter Kania
Frau Peggy Ehrig

Bürgermeister
FBL I
FBL IV
Protokollführerin

Teilnehmer

Herr Karsten Barth

Veranstaltungstechnik

Entschuldigt fehlt/fehlen

Frau Elke Dullweber
Frau Michaela Knaack
Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Herr Christian Schmidt
Herr Dr. Detlef Steuer
Frau Sophie von Hülsen

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/05/2024 vom 24.06.2024
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Finanzbericht
7. Feststellung des Jahresabschlusses 2023 und Behandlung des Jahresergebnisses der Stadtbetriebe Ahrensburg **2024/045**
8. Fortführung des On-Demand-Verkehrs ab 2025 **2024/044**
9. S4/Brücke Brauner Hirsch **2024/001/2**
- Festlegung der Fuß- und Radwegbreite
10. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2024 **2024/047/1**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Stukenberg begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Er weist darauf hin, dass es in der Hauptsatzung der Stadt Ahrensburg keine Regelungen zu Lichtbild- und Tonaufnahmen gibt und demnach keine Aufnahmen ohne Einverständnis aller Stadtverordneten erlaubt sind.

Er gratuliert einem Geburtstagsjubililar sowie einem Stadtverordnetem zum bestandenen Abitur.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Stukenberg stellt die Beschlussfähigkeit mit 25 Stadtverordneten fest. Sechs Stadtverordnete fehlen entschuldigt.

3. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Stukenberg eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Frau Susanne Lohmann fragt, warum der HVV-Hop eingestellt werden soll, obwohl noch gar nicht klar ist, ob es eine Förderung geben wird. Sie findet das HVV-Hop-Angebot sehr wichtig und beliebt. Sie sagt, es sei auch regelmäßig ausgebucht. Insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität und Senioren sei es ein wichtiges Angebot. Sie sagt, dass sich der Behindertenbeirat und der Seniorenbeirat sehr freuen würden, wenn das Angebot erhalten bliebe.

Sie persönlich findet die Insellösung schwierig umsetzbar und empfiehlt daher lieber eine Preiserhöhung vorzunehmen, aber dafür mobil zu bleiben. Die Busanschlüsse in bestimmten Bereichen seien häufig nicht gegeben, so fahre z.B. der Bus 474 nur stündlich.

Bürgermeister Stukenberg weist die Öffentlichkeit formell darauf hin, dass das Klatschen und Meinungsbekundungen – positiv wie negativ – in der Stadtverordnetenversammlung nicht erlaubt seien.

Bürgermeister Boege versteht die vorgetragene Situation sehr gut und merkt an, dass die Verwaltung insofern einen Entscheidungsvorschlag gemacht habe. Er kündigt in diesem Zusammenhang an, dass er den Entscheidungsvorschlag heute zurückziehen und die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes beantragen wird. Er begründet dies damit, dass es im Ausschuss hierzu eine klare politische Mehrheit gegen die Fortführung des HVV-Hop gab.

Frau Anna Carstens, wohnhaft am Anfang der Dorfstraße in Ahrensfelde, erzählt, dass sie täglich die dortige Geschwindigkeitsmessenanlage im Blick habe. Sie sagt, dass die Autos vom Braunen Hirsch aus in den Kreisel i.d.R. mit 50 km/h ins Dorf einfahren und nicht langsamer werden, obwohl es sich um eine 30 km/h-Zone handelt. Die Höchstgeschwindigkeit in den letzten Wochen lag bei 85 km/h. Dies wäre um 20.00 Uhr gewesen, als noch Fußgänger und Reiter unterwegs waren.

Sie sagt, wo früher noch gegenseitige Rücksichtnahme und Vorsicht gegenüber den schwächeren Verkehrsteilnehmern galt, herrschen jetzt aufheulende Motoren und Mittelfinger. Sie fragt, welche Maßnahmen die Verwaltung hier ergreifen / erreichen kann um die Straßenverkehrsordnung in Ahrensfelde besser durchzusetzen, sodass das hohe Verkehrsaufkommen zumindest händelbar bleibt bis das Bauamt wieder in der Lage sei Lösungen durchzusetzen.

Sie bittet im Weiteren darum, dies nicht als Anlass zu nehmen die 30 km/h-Schilder abzubauen, weil ohnehin alle 50 km/h fahren. Schließlich habe man vor einigen Jahren auch die Ampel im Hagen zur Fußgängerdrückerampel gemacht, weil es zu viele Rotfahrer gab. Sie sagt, dass man Probleme nicht löse indem man die Regelbrecher belohnt.

Bürgermeister Boege antwortet, dass sie aus vielen geführten Gesprächen bereits wisse, dass die Stadt nicht für die Überwachung des fließenden Verkehrs zuständig ist. Man habe auf Kreisebene aktuell diverse Diskussionen laufen, in welcher Form die Kommunen in die Lage versetzt werden könnten, auch in diesem Feld tätig zu werden.

Dies wäre eine Lösung auf die man als Stadt selbst jetzt jedoch keinen direkten Zugriff habe. Derzeit sei man darauf angewiesen, dass der Kreis Stormarn grundsätzlich diese Möglichkeit schafft, dass man darauf einwirken kann. Erst dann könnte man als Stadt die Entscheidung treffen, dass auch tatsächlich tun zu wollen. Er glaubt, dass dies eine der Maßnahmen wäre, die tatsächlich helfen würde. Ansonsten sei das, was man über die Straßenverkehrsordnung anordnen kann, in Ahrensfelde auch umgesetzt. Man habe Tempo 30, den Geschwindigkeitsanzeiger und „Achtung Reiter“-Schilder bereits umgesetzt. Er sagt weiter, dass das Problem an irgendeiner Stelle auch an den Fahrern und der fehlenden Rücksichtnahme hängt.

Bürgermeister Stukenberg merkt ergänzend an, dass im Kreis derzeit zwei mobile Blitzanlagen vorhanden sind und zusätzlich könne die Polizei auch mit Geschwindigkeitsmessgeräten messen. Dies tue sie nach eigenem Ermessen der Gefahrenschwerpunkte. Kommunalpolitisch habe man hierauf keine direkten Einflussmöglichkeiten.

Herr Jürgen Siemers erklärt, dass seine heutige Anfrage zum einen von ihm persönlich sei und zum anderen auch im Auftrag des BGV Waldgut Hagen. Er merkt zum heutigen Top 5 „Einwände gegen die Niederschrift“ an, dass diese bisher nicht vorliegt bzw. nicht im Bürgerinfoportal einsehbar sei.

Bürgervorsteher Stukenberg bestätigt dies und gibt an, dass dieser Top 5 im weiteren Verlauf der Sitzung entfallen wird, weil das Protokoll nicht rechtzeitig fertig gestellt werden konnte.

Herr Siemers sagt weiterhin, dass er verbindliche, schriftliche Rückmeldungen der Verwaltung zu seinen am 24.06.24 aufgeführten Fragen erwartet habe und diese bis heute nicht erhalten habe. Er merkt an, dass er diese Fragen sogar per E-Mail noch schriftlich nachgereicht habe.

Er führt weiter aus, dass es zur Frage um die Einwohnerversammlung einen Austausch mit dem Bürgervorsteher gab und findet dies sehr gut.

Er sagt, zur letzten Stadtverordnetenversammlung stellte er auch die Frage wann die nächste Vorlage zur Aktualisierung des ISEK erfolgen wird. Er kommt darauf zurück, weil diese Frage schon eine Woche später ihre Berechtigung fand.

Er führt aus, dass in der Vorlage 2024/033 im BPA und im UA über das Mobilitätskonzept gesprochen wurde und dort deutlich wurde, dass auf dieses ISEK zurückgegangen wurde.

Dort wurde auch ein Link in der Anlage vorgestellt, welchen er aufgerufen habe. Er habe dort gesehen, dass das dort dargestellte ISEK von 2010 war. Das heißt, dass dort 14 Jahre lang nichts weiter geschehen ist. Dort sei auf Seite 38 dargestellt, dass die flächenhafte Erschließung des weitläufigen Gewerbegebietes, allein durch den Bahnhof Gartenholz, noch nicht umfassend gewährleistet ist. Hierfür bedarf es weiterer Maßnahmen um den Anreiz zum Autoverzicht entsprechend zu verstärken. Den Link nutzend erhält jeder von dem ISEK eine Darstellung um die Bedürfnisse der Stadt vor gut 14 Jahren. In den dortigen Beschreibungen werde das Gewerbegebiet um die Erweiterung Beimoor Süd ohne Straßenverbindungen, ÖPNV und ohne erkennbare Anforderungen um die heutige Arbeitswelt beschrieben. Dies empfindet er für die Stadt als nicht grade angenehm, dass dort wirklich noch die alten Daten von 2010 enthalten sind. Er merkt an, dass die Aktualität des ISEK nicht nur für die Gewerbegebiete fehlt, sondern auch in den Bereichen der Einwohnerzahl, den Quartieren, den Beschreibungen der Wohnpotenzialflächen, der Darstellung der einzelnen Nahversorgung, der Zustandsbeschreibungen der Verkehrsflächen, der Schuleinrichtungen und der Zukunftsplanungen für den ÖPNV auf die sich die Einwohner und Betriebe der Stadt einstellen könnten. All diesen Themen fehle die Aktualisierung des ISEK. Er fragt nochmals – und bittet um eine schriftliche Antwort – wann würde nach 14 Jahren die nächste Vorlage zur Aktualisierung des ISEK erfolgen.

Er möchte in diesem Zusammenhang auch auf seine Anfrage in der

Stadtverordnetenversammlung vom 25.03.2024 zurückkommen. Dort stellte er zur Einwohnerfragestunde im Zusammenhang mit dem Ausbau der S4 (zum damaligen Top 12) die Frage, ob es im Zusammenhang mit der neu zu bauenden Brücke im Braunen Hirsch und den damit verbundenen Veränderungen bereits ein Verkehrskonzept gibt und wann dieses für die Anwohner einsehbar sein wird. Er sagt, die Antwort von Bürgermeister Boege an diesem Abend sei gewesen, dass noch kein Verkehrskonzept vorliegt, aber er zusagt, dass es noch in diesem Jahr in die Gremien gehen würde und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen geben wird.

Herr Siemers sagt, dass er betonte, dass dies wichtig sei und die Stadt sich möglichst zeitnah damit beschäftigen müsse. Nun seien 4 Monate vergangen und er möchte an diese Zusage des Bürgermeisters erinnern. Er ist sich sehr unsicher, wie es zeitlich noch schaffbar sein sollte, die Thematik in den Gremien noch in diesem Jahr zu behandeln. Herr Siemers würde sich freuen, wenn er hierzu eine schriftliche Antwort erhalten könnte.

Bürgermeister Boege weist darauf hin, dass die heutige Stadtverordnetenversammlung nicht im üblichen Turnus tagt, sondern aufgrund der anstehenden Sommerferien vorverlegt wurde. Er führt in diesem Zusammenhang aus, dass das Antwortschreiben für Herrn Siemers zu seinen Fragen aus der letzten Stadtverordnetenversammlung vorbereitet wurde und heute persönlich ausgehändigt wird.

Weiterhin geht er darauf ein, dass zum ISEK ein Monitoring durchgeführt werden soll und die Ergebnisse hierzu im IV Quartal im BPA behandelt werden sollen. Dies sei logischerweise noch keine Überarbeitung des ISEK, aber hierfür sieht Bürgermeister Boege derzeit – und auch auf absehbare Zeit hin- innerhalb der Stadtverwaltung keinerlei Ressourcen.

Beim Vorschlag zum weiteren Vorgehen zur Thematik Verkehrskonzept möchte Bürgermeister Boege betonen, dass er lediglich einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen angekündigt habe und kein Verkehrskonzept. Das weitere Vorgehen, wie man zu dem Verkehrskonzept kommt, wird man vorstellen. Ein Verkehrskonzept selbst sei mit großem Aufwand verbunden und muss verwaltungsintern begleitet werden. Dies sei nichts, was die Verwaltung mal nebenbei machen könne.

Bürgermeister Boege betont, dass es bei diesem ganzen Thema noch erhebliche Unsicherheiten gibt (Wann wird die Brücke gebaut? Wie wird sie gebaut? Wie sind die Baustellenabläufe etc.).

Herr Siemers betont, dass ihm dies Magengrummeln bereitet. Wenn die Brücke gebaut ist, fließe man in einen Bereich hinein in Richtung Großhansdorf und in Richtung Ostring. Was dann auf das Waldgut, Ahrensfelde und den Hagen zukommt sollte in ein Konzept gefasst werden.

Frau Helga Ruhloff merkt an, dass sie bereits in der letzten Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen habe. Sie sei Einwohnerin der Stormarnstraße und habe dort inzwischen selbst 22 Ratten gefangen habe. Sie habe hierzu, vermittelt über die Verwaltung, 11 Pakete zur Schädlingsbekämpfung von der Firma Peth erhalten. Sie fragt, was sie nun

tun solle.

Bürgermeister Boege antwortet, dass sie sich jederzeit an das Ordnungsamt wenden könne und dort weitere Unterstützung erhalte.
Frau Ruhloff merkt an, dass sie das bereits mehrere Male getan hätte.

Weiterhin mahnt Sie an, dass auch die Flutlichtanlage zwischenzeitlich wieder 4x die ganze Nacht über angewesen sei. Das Problem hänge angeblich mit dem Kran zusammen, aber sie sagt, dass das Problem auch schon vor dem Kran bestand. Sie bittet darum, eine Lösung zu finden.

Bürgermeister gibt an, diese Thematik innerhalb der Verwaltung weiterzugeben.

Zuletzt merkt Frau Ruhloff an, dass häufig Autofahrer in die Einbahnstraße einfahren würden.

Bürgermeister Boege bittet Frau Ruhloff sich diesbezüglich an die Polizei zu wenden, da die Verwaltung hier nicht zuständig ist.

Herr Peter Körner stellt Fragen zur Verkehrssituation im Süden der Stadt – insbesondere im Hinblick auf die Bauzeit im PFV3 der S4. Die Fragen von Herrn Körner sind dem Protokoll an **Anlage** beigefügt.

Bürgermeister Stukenberg gibt an, dass es im September eine Einwohnerversammlung zum Thema Investitionen / Bauprojekte der Stadt geben wird.

Bürgermeister Boege ergänzt, dass man jetzt -grade was die Verkehre in der Baustellenzeit angeht- unmöglich Konzepte erarbeiten kann, solange man keinerlei Anhaltspunkte hat wie die Bauphasen aussehen und wie die Baustelleneinrichtungsflächen genutzt werden oder wie die Bauwerke aussehen werden. Erst wenn man seitens der DB Klarheit hat könne man genau in die Planung gehen.

Ein ganzheitliches Verkehrskonzept zu erstellen sei nichts, was man in ein paar Monaten erstellt. Dies ist eine Arbeit die sehr viel Vorbereitung und sehr viele Ressourcen braucht.

Herr Holger Carstens erzählt, dass auf dem denkmalgeschützten Dorfplatz in Ahrensfelde bereits seit einem Jahr Container stehen. Er fragt, wann diese dort verschwinden. Laut der AWSH habe man sich wohl bisher mit der Verwaltung auf keinen alternativen Standort einigen können. Er fragt, wie hier der Stand der Dinge ist und wie es angehen kann, dass der Dienstleister bestimmen kann wo die Container für die Anwohner/innen stehen dürfen.

Bürgermeister Boege sagt, dass ihm dieses Anliegen bekannt ist und er es entsprechend weitergegeben habe. Leider kenne er den aktuellen Sachstand nicht und sagt Herrn Carstens hierzu eine schriftliche Antwort

zu.

Frau Gabriela Schwintzer bittet die Stadtverordneten eindringlich sich mit der Thematik eines Verkehrskonzeptes zu befassen, weil sonst die ganze Stadt im Verkehrschaos versinke. Überall in der Stadt seien über Jahre hinweg Baustellen geplant.

Bürgermeister Boege antwortet, dass er dieses Anliegen sehr gut verstehen kann und bestätigt, dass die Bauzeit das gesamte Stadtgebiet extrem belasten wird. Er merkt an, dass die städtischen Planungen bei vielen Bauvorhaben bereits viel Rücksicht darauf nehmen, damit es möglichst nicht mehrere Großbaustellen gleichzeitig geben wird.

Frau Gertje Kochnoh äußert ihr Erstaunen darüber, dass in der Verwaltung so viele Mitarbeiter fehlen und Projekte zurückgestellt werden müssen und vieles, wie z.B. ein Verkehrskonzept, nicht geschafft wird. Sie fragt in diesem Zusammenhang, was die Stadt dafür tut, dass es neue Mitarbeiter gibt.

Bürgermeister Boege antwortet, dass er diesen Eindruck gut nachvollziehen kann. Man rede schließlich immer nur über das was schlecht läuft, aber tatsächlich wird in der Verwaltung sehr viel getan. Ahrensburg habe wahnsinnig viele Großbauprojekte, hoheitliche Aufgaben sowie Aufgaben im Bereich Schulen und Kitas.

Er merkt an, dass die Mitarbeitergewinnung bis auf einzelne Bereiche recht erfolgreich sei. Offene Stellen werden sukzessive abgebaut. Man habe netto mehr als 20 Positionen zusätzlich besetzt. Trotzdem habe man daneben, wie überall anders auch, eine Fluktuation (altersbedingt, aus persönlichen Gründen etc.). Hierzu gäbe es auch monatliche Berichte im Hauptausschuss. Einzelne Bereiche wie z.B. der Tiefbau erfordern jedoch von Bewerbern bestimmte Qualifikationen und Erfahrungen, welche oftmals nicht erfüllt sind.

Bürgermeister Boege und Bürgervorsteher Stukenberg laden die Öffentlichkeit zur Einwohnerversammlung am 30. September 2024 in die Reithalle des Marstalls ein.

Es werden keine weiteren Fragen und Anregungen von Einwohnern gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgervorsteher Stukenberg erklärt, dass das Protokoll der letzten Stadtverordnetenversammlung, aufgrund des verkürzten Tagungsrythmus, nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnte und der Tagesordnungspunkt 5 „Einwände gegen die Niederschrift“ entsprechend entfällt.

Er führt weiterhin aus, dass aufgrund des mehrheitlich negativen Beschlussverhaltens der Top 8 „Fortführung des On-Demand-Verkehrs ab 2025“ von Bürgermeister Boege zurückgezogen werden wird.

Bürgermeister Boege berichtet, dass er nach seinem Verständnis nur die Vorlage zum Top 8 „Fortführung des On-Demand-Verkehrs ab 2025“ zurückziehen kann. Er zieht entsprechend die Vorlage zurück und beantragt gleichzeitig die Absetzung des Tagesordnungspunkts 8 „Fortführung des On-Demand-Verkehrs ab 2025“.

Abstimmungsergebnis:

24	dafür
1	dagegen
/	Enthaltung(en)

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit obengenannten Änderungen der mit Einladung vom 01.07.2024 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

24	dafür
1	dagegen
/	Enthaltung(en)

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/05/2024 vom 24.06.2024

-- abgesetzt --

Siehe Top 4 „Festsetzung der Tagesordnung“.

- 6. **Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6.1. **Berichte gem. § 45 c GO**
- 6.2. **Sonstige Berichte/Mitteilungen**
- 6.2.1. **Finanzbericht**

Bürgermeister Boege verliest den Finanzbericht. Der Finanzbericht Nr. 11/2024 ist als **Anlage** beigefügt.

2024/045

7. Feststellung des Jahresabschlusses 2023 und Behandlung des Jahresergebnisses der Stadtbetriebe Ahrensburg

Stadtverordneter Korte von der CDU-Fraktion hält einen Sachvortrag zur Vorlage 2024/045. Er erläutert, dass der Jahresabschluss im Werkausschuss eingehend vorgestellt und diskutiert wurde. Die Stadtbetriebe Ahrensburg mit dem Klärwerk und dem Bauhof haben im Jahr 2023 ordentlich gearbeitet, wirtschaftlich den Vorgaben entsprochen und einen Gewinn i.H.v. 106.000 € erwirtschaftet. Dies sei eine erfolgreiche Entwicklung der beiden Betriebszweige mit deren 73 Mitarbeiter/innen.

Er dankt Herrn Wachholz, Herrn Noell und Frau Thies sowie der gesamten Belegschaft für die gute Arbeit, Einsatzkraft und ihr beherztes Handeln. Stadtverordneter Korte bittet um Zustimmung zum Jahresabschluss 2023 der Stadtbetriebe.

Bürgervorsteher Stukenberg merkt an, dass Herr Wachholz an der heutigen Sitzung urlaubsbedingt nicht teilnehmen kann. Auch er bedankt sich für die hervorragende Arbeit der Stadtbetriebe.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Feststellung der Kennzahlen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Stadtbetriebe Ahrensburg wird mit den folgenden Kennzahlen festgestellt:

1. a Bilanzsumme	55.701.85
1. b Summe der Erträge	10.327.30
1. c Summe der Aufwendungen	10.221.12
1. d Konsolidierter Jahresgewinn der beiden Betriebsteile	106.18

2. Verwendung des Jahresergebnisses:

Das Jahresergebnis 2023 wird folgendermaßen verwendet:

2. a Verrechnung mit dem Verlustvortrag des Vorjahres:	35.40
2. b Ausschüttung an den Haushalt der Stadt Ahrensburg:	70.78

Abstimmungsergebnis:

25	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

2024/044

8. Fortführung des On-Demand-Verkehrs ab 2025

-- abgesetzt --

Siehe Top 4 „Festsetzung der Tagesordnung“.

2024/001/2

9. S4/Brücke Brauner Hirsch - Festlegung der Fuß- und Radwegbreite

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion stellt um 20:08 Uhr einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Bürgermeister Stukenberg stimmt einer Sitzungsunterbrechung bis 20:15 Uhr zu.

Die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird um 20:15 Uhr fortgeführt.

Stadtverordneter Gaumann von der CDU-Fraktion hält einen Sachvortrag. Er führt aus, dass es in der Vorlage um die Radwegbreite sowie die damit einhergehende Kostentragung der Brücke am Braunen Hirsch geht, sofern ein breiterer Radweg als 2,5 Meter gefordert wird. Die Vorlage sieht vor, dass

die Brücke einen 3 Meter breiten Radweg erhalten soll und die daraus resultierenden Kosten von der Vorhabenträgerin zu tragen sind. Entsprechend wird der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.03.2024, welcher einen 4 Meter breiten Radweg vorsah, aufgehoben.

Zum Hintergrund des gesamten Vorgangs führt er weiterhin aus, dass laut Aussage der Deutschen Bahn diese nur einen 2,5 Meter breiten Radweg bauen müsse – entsprechend der gesetzlichen Vorschriften. Die DB wäre jedoch bereit einen doppelseitigen 2,5 Meter breiten Radweg zu bauen, wenn die Stadt Ahrensburg die Kosten für den zweiten Weg übernimmt. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt und man habe weiterhin auf einen 4 Meter breiten Radweg bestanden. Die Mehrkosten für die Verbreiterung von 2,5 Meter auf 4 Meter wurden mit ca. 2,1 Millionen Euro veranschlagt.

In einem Ortstermin des Bau- und Planungsausschusses habe man eine Breite von 3 Metern als vernünftiges Mittelmaß zwischen Kosten- und Nutzen gesehen. Entsprechend sah die Vorlage 2024/001/1 vor, einen 3 Metern breiten Radweg zu fordern, anteilige Kosten i.H.v. 700.000 € sollten in den Haushalt eingestellt werden. Bevor die Vorlage in der vergangenen Stadtverordnetenversammlung diskutiert werden konnte, wurde eine rechtliche Stellungnahme eines Fachanwaltes eingeholt. Dieser Stellungnahme war zu entnehmen, dass es keinesfalls so ist, dass die von der DB geplanten 2,5 Meter „in Stein gemeißelt“ sind. Die einschlägigen, technischen Regelungen lassen sich so auslegen, dass durchaus 3 Meter (oder sogar mehr) dem Stand der Technik entsprechen. Eine Entscheidung über die Vorlage 2024/001/1 wurde in die heutige Stadtverordnetenversammlung verschoben.

Ein Prüfauftrag über die rechtlichen Gegebenheiten der CDU-Fraktion wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung in den Bau- und Planungsausschuss (BPA) zur Diskussion gegeben. Im BPA wurde konstruktiv über den Prüfauftrag diskutiert. Schlussendlich wurde der Verwaltung mitgegeben, dass die Vorlage 2024/001/1 insoweit abzuändern sei, als dass zumindest die Kosten für die Verbreiterung von der Vorhabenträgerin zu tragen seien. Da die Vorlage 2024/001/1 selbst - mangels Dringlichkeit - nicht im BPA beraten werden konnte, hat der BPA keine Beschlussempfehlung für die heutige Stadtverordnetenversammlung abgeben.

Die jetzt vorliegende Vorlage 2024/001/2 enthalte den Gedanken, welcher im BPA entwickelt wurde (bis auf ein paar Feinheiten, welche noch nach zu justieren sind).

Stadtverordneter Gaumann schließt seinen Wortbeitrag dem Sachvortrag an.

Er erläutert, dass man sich fraktionsübergreifend einig sei, dass eine Radwegbreite von zumindest 3 Metern notwendig ist. Ebenso sei man sich fraktionsübergreifend einig, die Kosten dafür nicht tragen zu wollen. Man möchte erreichen, dass die DB eine technisch und rechtlich einwandfreie Planung vollzieht. Mit Blick auf die vergangenen Monate ist er guter Hoffnung, dass durch Gespräche zwischen der Verwaltung und der DB dort noch

einiges möglich sein wird. Er erinnert daran, dass man in Ahrensburg als erste und einzige Stadt durchsichtige Lärmschutzwände erhält. Dies sei ein Novum in ganz Deutschland. Er sagt, dass viel möglich ist, wenn man die DB als Partnerin betrachtet und diese bei der Planung unterstützt.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion stellt einen gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen zur Vorlage 2024/001/2 vor. Der Änderungsantrag ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen. Bürgervorsteher Stukenberg erklärt, dass gleich über den Änderungsantrag abgestimmt wird und anschließend über die Vorlage. Er weist darauf hin, dass die Reihenfolge in der Vorlage nicht korrekt ist – zuerst müsse der alte Beschluss aufgehoben werden und dann der neue Beschluss gefasst werden.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Änderungsantrag aller Fraktionen über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

25	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den geänderten Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.03.2024, der einen 4 m breiten Geh- und Radweg fordert (Vorlage 2024/001, geändert durch AN/026/2024) wird aufgehoben.
2. Der einseitige kombinierte Fuß- und Radweg im Bereich der Brücke des „Braunen Hirsches“ soll eine Breite von mindestens 3,00 m erhalten.

Die hieraus resultierenden Mehrkosten sind von der Vorhabenträgerin zu tragen.

3. Der Bürgermeister wird beauftragt, auf Basis der vorliegenden fachanwaltlichen Stellungnahme und nach Klärung aller Mindestanforderungen (Sicherheitstrennstreifen / Gesamtbreite Außengeländer bis Fahrbahnkante) mit der Deutschen Bahn nach zu verhandeln und im Interesse unserer Stadt das Maximum herauszuholen (bis mögliche 4 Meter) bei voller Kostenübernahme durch die Bauträgerin.

Abstimmungsergebnis:

25	dafür
-----------	--------------

/ **dagegen**
/ **Enthaltung(en)**

2024/047/1

10. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2024

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion hält einen Sachvortrag. Er führt aus, dass es sich bei der Vorlage um einen Nachtragshaushalt handelt, welcher beschlossen werden muss, weil man eine entsprechende Aufforderung vom Innenministerium erhalten habe.

Die ursprüngliche Planung - bezogen auf die Investitionen, welche bei ca. 37 Millionen Euro gelegen haben – müsse auf eine Planungsgröße zurückgeführt werden, die aus Sicht des Innenministeriums realistisch ist. Er sagt, dass es bisher so war, dass Investitionen geplant wurden, welche letztendlich nicht realisiert werden konnten (z.B. aufgrund fehlenden Personals). Der neu zu beschließende Haushalt sieht eine Veränderung der Investitionen auf 25 Millionen Euro vor. Von diesen sei man jetzt verpflichtet mindestens ca. 60 % zu realisieren. Man sei in dieser Fragestellung guter Zuversicht, weil man größere Planungsvorhaben im Bereich der Schulen (z.B. GS Am Aalfang, GS Am Hagen) habe.

Er fasst zusammen, dass man heute im Wesentlichen beschließt, dass man die Investitionen zurückführt. Dabei sollte man nicht vernachlässigen, dass der Kernhaushalt nach wie vor ein Defizit von ca. 7,1 Millionen Euro aufweist. Er bittet um die Zustimmung zu der Beschlussvorlage.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der I. Nachtragshaushaltssatzung und –plan 2024, in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

25 **dafür**
/ **dagegen**
/ **Enthaltung(en)**

Bürgervorsteher Stukenberg beendet die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 20:26 Uhr.

gez. Benjamin Stukenberg
Vorsitzender

gez. Peggy Ehrig
Protokollführerin